

**Unabhängige  
Wählergemeinschaft  
Butzbach ( UWG )**



**An die  
Redaktion**

15.08.2009

**Pressemitteilung**

bezüglich des SPD-Presseartikels vom 12.08.2009.

Es ist seitens des SPD-Vorsitzenden Mentz schon ziemlich dreist und Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit, Landrat Arnold bezüglich seiner Verfügung zum Butzbacher Haushalt Überschreitung seiner Befugnisse vorzuwerfen. Dieser führt lediglich seine Pflichten im Rahmen seiner staatlichen Funktion als Kommunalaufsicht aus, nachdem SPD und CDU ja nachweislich nicht in der Lage waren bzw. sind, einen vernünftigen Haushaltsplan wie ein solides Konsolidierungskonzept vorzulegen. Im Übrigen: Was heißt, die UWG hätte die Aussagen des Landrats ungeprüft übernommen. Der Landrat ist die Prüfungs- und Aufsichtsbehörde, die gemäß § 135 HGO sicherzustellen hat, dass die Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen verwaltet werden!!

Der Vorwurf, die UWG freue sich über die katastrophale Lage der Stadt Butzbach, ist nicht nur unerhört, sondern schlichtweg falsch. Dieser unwahre Vorwurf belegt nur, dass die sogenannte Große Koalition aus SPD und CDU den Ernst der Lage immer noch nicht wahr haben will. Anstelle den hilflosen Versuch zu unternehmen, die berechtigte Kritik der UWG mit lächerlichen und unwahren Argumenten zurückzuweisen, sollten SPD und CDU endlich anfangen, solide und vernünftige Politik zu machen. Der Bau eines Rasthofes zum Beispiel wäre ein Anfang.

Das Ablehnen einer Konsolidierungskommission mit Mitgliedern aller Fraktionen in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung zeigt eindeutig, wie ernst von SPD und CDU die Konsolidierung und somit die Zukunft Butzbachs genommen wird.

Dass bei einer Einladung des Bürgermeisters an alle Fraktionsvorsitzenden zu einer Besprechung der Haushaltsverfügung lediglich die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien anwesend waren und SPD und CDU offenbar neben ihren Fraktionsvorsitzenden niemand anderen zutrauen, solche Gespräche zu führen, zeigt ebenfalls, wie schwerfällig und unflexibel die Große Koalition Butzbachs auf aktuelle Ereignisse reagiert.

Die Aussagen des SPD-Vorsitzenden Mentz lassen nicht im Ansatz eine gewisse Einsicht bezüglich begangener Fehler oder gar ein Bemühen um eine gemeinsame konstruktive Lösung der gravierenden Haushaltsprobleme der Stadt Butzbach erkennen. Hier wird lediglich versucht, die eigenen begangenen Fehler mit juristischen Spitzfindigkeiten zu verschleiern bzw. die Fehler anderen in die Schuhe zu schieben.

Angebliche Konsolidierungsvorhaben, bei denen die Einsparungen nicht beziffert werden können und Synergieeffekte nur theoretisch skizziert werden, sind das Vorgehen, das Herr Mentz „Haushaltssanierung“ nennt.

Eine insgesamt eher plan- und hilflose Finanzpolitik.

Die sogenannte Große Koalition Butzbachs sollte sich nicht ständig beratungsresistent zeigen, sondern über den Tellerrand hinausschauen, vor allem aber für Steuereinnahmen und Wachstum sorgen.

Bisher jedoch ist ein fehlendes Wirtschafts- und Finanzkonzept in Butzbach eher Ausdruck einer überforderten und konzeptlosen Führungsriege von SPD und CDU. An der Finanzkrise liegt es nicht, wenn in anderen Gemeinden gelingt, was Butzbach dringend bräuchte, nämlich Investoren zu gewinnen und Gewerbeansiedlungen erfolgreich zu realisieren. Hier drängt sich vielmehr der Verdacht der Untätigkeit bzw. Unfähigkeit auf. Der Glücksfall der Entwicklung des „Tröstergeländes“ mit dem sich SPD und CDU nun rühmen beruht mehr auf dem intensiven Bemühen des Investors als auf städtische Initiative.

Die UWG stellt erneut angesichts der Auflagen des Landrats bezüglich der Haushaltsgenehmigung die Frage, welche Maßnahmen CDU und SPD ergreifen, um den Haushalt der Stadt Butzbach tatsächlich zu entlasten. Mit juristischen Spitzfindigkeiten und der weiteren Verweigerung einer gewissen Einsicht wird es jedenfalls nicht gelingen.

Mit freundlichen Grüßen

Mark Steiner  
UWG - Pressesprecher